

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1913. Nr. 176.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 206.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 16. April 1913.

Wagnispreis für Halle und Querfurt 2,40 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich ausser am Sonntag. — Grátis-Belegungen: Halle'scher Courrier (tägl. Belegungsblatt), Anhaltische Nachrichten (Sonntagsblatt), Bismarck, Württemberg, Münchener Arbeiterzeitung, Sächsische Arbeiterzeitung, Arbeiterzeitung für die junge Welt.

Abgabepreise für die halbesbürgische Kolonialzeitung oder deren Raum für Halle und den Saalekreis 20 Pfennig, außerdem 30 Pfennig. — Retorten am Saale bei reaktionären Zeitungen die Seite 100 Pfennig. — Einlegen der Briefe in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Halle'sche Zeitung in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 8108 u. 8109; Redaktionstelefon 8110. Verleger: Dr. Straussner-Neuberg, Halle (Saale).

Halle'sche Zeitung in Berlin: Prenzlauer Straße 30. Telefon Amt Scharfstr. Nr. 6289. Druck und Verlag von Otto Schulz, Halle (Saale).

Der Abschluss der ersten Lesung.

Während die Debatte über die Wehroverlagen mit dem „bayerischen“ Zwischenfall Kändler-Wenninger einen leider nicht sehr erhebenden Abschluss finden sollte, hat die Rede des aus Gomburg zurückgekehrten Reichskanzlers die Erörterung der Deckungsvorlagen, die in der Zukunft des Sonnabend-Nachmittags zu verkümmern drohte, noch einmal kräftig emporgehoben. Sie hat mit ihrem bemerkenswerten entzündlichen Darlegungen auch eine gewisse erfreuliche Klarheit geschaffen, wenigstens nach der negativen Seite hin. Der Kanzler hat den Gedanken einer

Reichsvermögenssteuer

und einer Reichseinkommensteuer, in dem gewisse unitarische Strömungen mit sozialistischen und radikal-demokratischen Neigungen und Absichtungen zusammentreffen, weit von sich gewiesen, und zwar mit Rücksicht auf das Steuerrecht in der Einzelstaaten, das durch den Eingriff des Reiches in das Gebiet der direkten Besteuerung in schwerer Verwirrung gebracht werden würde. Dieser Weg, so hat Herr v. Bethmann Hollweg mit größter Bestimmtheit erklärt, „kann nicht zum Ziele führen“. Er darf also nicht eingeflagen werden, wenn die Wehroverlagen auf andere Wege führen sollen, und das dies geschehen muss, ist doch eine Ueberzeugung, in der, abgesehen von einigen Einbürgern und Eigenbrötlern, erfreulicherweise innerhalb der bürgerlichen Parteien so ziemlich

alles einig

ist. Durch diese Erklärung des Kanzlers wird auch der Versuch, die Deckungsvorlagen von einer wesentlich anders zusammengesetzten Mehrheit zu gestalten und annehmen zu lassen, als die Wehroverlagen, d. h. zur Lösung der finanziellen Probleme die Sozialdemokratie nicht nur als Mitarbeiterin, sondern wohl gar als ausschlaggebenden Faktor heranzuziehen, als völlig aussichtslos gekennzeichnet. Er wäre ja um seiner inneren Widersprüche willen auch so undurchführbar gewesen und namentlich schon an dem politisch und moralisch gleich berechtigten Veto der Rechten gegen solche parlamentarische Kniffe

ge scheitert. Es muss ferner auch dem Winden einleuchten, dass es geradezu ein Schicksal auf den Gesamtzustand der Wehroverlagen gewesen wäre, wollte man der Sozialdemokratie, deren Bestrebungen doch eingetandenermaßen auf die Förderung der Reichs- und Staatsordnung gerichtet sind, Eins und Stimme bei der Lösung dieser nationalen Aufgaben einzuräumen. Jetzt aber ist außer Zweifel gestellt, dass die Regierung an auch formell einer solchen Lösung widerstreben.

Natürlich und leider ist damit eine befriedigende politische Lösung der großen Fragen, mit denen die Budgetkommission des Reichstages sich während der nächsten Wochen zu beschäftigen haben wird, nicht auseben und nicht verbürgt. Aber der Reichskanzler hat doch sicherlich auch darin recht, dass er auf die verhältnismäßig untergeordnete Bedeutung der Steuererträge hinweist, die aus den hauptsächlich umstrittenen Quellen überhaupt fließen können. Wenn man nun, wie es sich gehört, die Sozialdemokratie für diese großen Entscheidungen überhaupt beiseite lässt und die Sache des Vaterlandes der durch die

Gemeinsamkeit des nationalen Empfindens

verbundenen Vertretung der bürgerlichen Parteien auf Herz und Gewissen legt, so sollte man doch meinen, dass die Lösung sich würde finden lassen. Der Standpunkt der Konservativen in den wichtigsten Fragen ist bekannt. Es ist kein Eigeninn, der sie die Erbschaftsteuer ablehnen lässt und sie mit starken Bedenken auch gegen die vorschläge des Vermögenssteuerung erfüllt. Die unheimlich bereiten und bemesskräftigen Zahlen, die der Reichskanzler über das Verhältnis zwischen direkten und indirekten Steuern im Deutschen Reich einerseits und im Ausland, a. B. in Frankreich, andererseits herbeigezogen hat, bilden eine neue

Verkräftigung des konservativen Standpunktes.

So darf man auch hoffen, dass die Lösung sich schließlich finden wird, wenn auch noch schwerer Arbeit und harten Mühen, dass der große und schöne nationale Aufschwung, der von dem Grundgedanken der Wehroverlagen angeregt worden ist und sie nun seinerseits auf starken Schultern weiterträgt, nicht in kleinen Zwistigkeiten zer-

lahmt. Ein schmerzliches Gefühl hat in den letzten Tagen wieder so viel blühende Hoffnungen insbesondere der deutschen Landwirtschaft zerstört und ihr neue gewaltige Opfer auferlegt, — möge der thüringische Frost nicht aus-

den nationalen Frühling

gerstören, von dem wir in den letzten Wochen doch wenigstens einen Hauch haben spüren dürfen!

B. R.

Deutsches Reich.

Die Reichsregierung und der Vorfall in Nancy.

Eine Note der „Agence Havas“ besagt: Der Sekretär der deutschen Botschaft in Paris Graf v. Welzel Dienstag vormittag auf dem Quai d'Orsay, um im Namen des deutschen Botschafters zu fragen, ob die französische Regierung keine genaueren Auskünfte über den Zwischenfall von Nancy begehre. Der Kabinettschef erwiderte, dass dem deutschen Botschafter Herr v. Schoen bestimmte Nachrichten gegeben werden würden, sobald das Ministerium des Innern den detaillierten Bericht erhalten werde, dessen Uebersendung von Nancy angefordert sei. — Eine weitere Note der „Agence Havas“ teilt mit: Der Minister des Innern hat Dienstag nachmittag den Versuch des deutschen Botschafters empfangen, der den Zwischenfall in Nancy mit ihm besprechen wollte. Minister Wichow teilte dem Freiherrn von Schoen die ersten Nachrichten, die der Minister des Innern erhalten hatte, mit. Er fügte hinzu, der Minister des Innern habe, um sich ausreichende Beweismittel über den Zwischenfall, die Umstände, die ihn verursacht und die ihn begleitet hätten, zu beschaffen, bereits am Donnerstag den Staatsrat über, Direktor der Kontrollabteilung im Ministerium des Innern, nach Nancy zu entsenden. Dieser hohe Beamte solle eine Prüfung aller Tatsachen vornehmen. Er werde noch abends abfahren.

Die braunschweigische Frage.

Alle Gerüchte, wonach bei der Zusammenkunft des Kaisers und des Herzogs von Cumberland in Gomburg v. d. S. eine endgültige Lösung der braunschweigischen Frage herbeigeführt worden sein soll, werden von antunternrichtlicher Seite als unzutreffend bezeichnet. Nichts dürfte aber sein, das eine solche Lösung angebahnt ist, und es besteht in sonst wohlinformierten Kreisen die Vermutung, dass dabei ein Bericht des Herzogs auf Hannover zumuten seines Sohnes in Frage kommt. Die Meldung, dass bei der Thronbesteigung des Prinzen Ernst August in Braunschweig das Herzogtum Braunschweig unter Aufteilung des preussischen Regimentsbesitzes Lüneburg zum Großherzogtum erhoben werden solle, wird als unfundiert bezeichnet.

Kleinere politische Nachrichten.

* Der Kaiser hat Dienstag nachmittag das Kommandostell zugemeldet und am nächsten Nachmittag den Vortrag des Chefs des Ministeriums über die Reichsangelegenheiten gehalten. Prinz Ernst August, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, hat am Dienstag der Königin der Niederlande auf Hofe eine Besuche gemacht.

* Prinz Heinrich von Preußen ist Dienstag abend, von England kommend, nach Kiel zurückgekehrt.

* Zu den Landtagsarbeiten. Wie das S. L. Z. erfährt, werden über die Ergebenisse der diesjährigen Wahlen zum Abgeordnetenhaus, über die Verteilung der Wahlmannslandparolen auf die einzelnen Parteien und ähnliches auf Anerkennung des Ministers des Innern wiederum wie früher unter Inanspruchnahme der Wahlvorstände statistische Erhebungen vorgenommen werden. Diese Erhebungen dienen ausschließlich statistischen Zwecken. Ihre Verwendung zu anderen Zwecken ist unzulässig und deshalb ausgeschlossen.

* Der Tarifabschluss der deutschen Eisenarbeiter, so wird uns geschrieben, die höchste tarifliche Forderung, tritt am 21. und 22. April in Berlin auf einer wichtigen Sitzung auf. U. a. soll die tarifliche Lage besprochen werden, wie sie sich seit dem Abschluss der letzten Tarifrevision gestaltet hat. Am Mittelpunkt der Erörterungen steht seit 1 1/2 Jahren untrüglich die Ausgestaltung des Eisenarbeiterbundes, der sozialdemokratischen Bundesorganisation, aus den tariflichen Instanzen und die Eintragung von Vorschritten für den sozialdemokratischen Verband. Der Eisenarbeiterbund hat dem Tarifabschluss eine Denkschrift unterbreitet, in der die Ablehnung mancher Forderungen in der Bundesdenkschriftgemeinsamkeit verlangt wird. Vor allem verlangt man die Ueberweisung des sozialdemokratischen Bundes gescheiter. Es ist zu behaupten, dass die dreifach-nationale Organisation trotz langer Kämpfe noch nicht zu ihrem Recht gekommen ist. Die Sitzung des Tarifausschusses soll entscheiden, ob man dieses Unrecht und die anderweitige Behandlung bei gleichen Umständen noch lange bestehen lassen will. Wir glauben kaum, da die Prinzipale für Aufhebung des Eisenarbeiterbundes sind. Sofern sich kommt aus der Verband zur Einigkeit. Am Anteefer der Tarifgemeinschaft wäre es.

* Der Abfahrtsrennen für das Kreuzergeresche in Bad Nauheim, 1400 Mann stark, trat Dienstag nachmittag an Nord des Norddeutschen Lloyd-Dampfers „Königin Luise“ die Ausreise nach Kringau an.

* Ein französischer Spion in Syer. In Syer ist ein französischer Bionickoffizier verhaftet worden, der nachmittags von Mainz nach Berncastell und von dort nach Syer gekommen war. Ein Kriminalhauptmann hat den gefangenen Fremden an der Eisenbahnstation längere Zeit beobachtet und ihn festgenommen. Es soll bei ihm nichts Bedeutsames gefunden worden sein. Mit dem Offizier ist noch eine andere Person in die Pfalz gerückt. Man vermutet einen Fehlerspion.

Ausland.

Der Krieg auf dem Balkan.

Ein 10 tägiger Waffenstillstand ist ab Dienstag mittag zwischen den Kriegführenden abgeschlossen worden. Bulgarien ist jetzt auch bereit, einen Separatfrieden mit der Türkei abzuschließen und dabei auf den Bündnisvertrag weiter keine Rücksicht zu nehmen, weil auch Serbien bei der Gebietsverteilung sich an dem Vertrage nicht halten wolle. Das Gerücht von einer beabsichtigten Fortsetzung der Tschadobalinalinie wird bestimmt in Abrede gestellt. Es wird sogar der Vermutung Ausdruck gegeben, dass Serbien und Griechenland den Frieden nur deshalb verzögern, weil sie die bulgarische Truppen an der Tschadobalinalinie festhalten wollen, während sie ihre Armeen am Marbafonten konzentrieren. Nach den Meldungen der „Times“ aus Cetinje besteht trotz der Einbruch, dass die Regierung trotz ihres anzuernenden Abzuges nachgeben werde, da nach dem Abzuge der Serben ein Sturm auf Schari bloß mit den montenegrinischen Truppen Wohnsitz wäre. Die Armee besteht jetzt noch aus höchstens 25 000 Mann, deren Gesundheitszustand der denkbar ungünstigste ist. Wie der „Daily Telegraph“ erfährt, denken die Mächte daran, Montenegro eine gemeinsam garantierte Forderung von 30 Mill. Francs anzubieten. Wie aus untrüglichen Kreisen mitgeteilt wird, wird von den Mächten die Forderung der internationalen Flotte bis zur Auslieferung der internationalen Flotte gestellt hat, doch die Versorgung Montenegros mit Lebensmitteln über Durazzo erfolgt.

Der österreichische Thronfolger in Berlin.

Der Erzherzog Thronfolger Franz Ferdinand von Oesterreich wird in Vertretung des Kaisers Franz Josef an der Hochzeit der Prinzessin Viktoria Luise mit dem Prinzen Ernst August, Herzog zu Braunschweig-Lüneburg, teilnehmen.

Vom dänischen Hofe.

Der König und die Königin werden vom 21. bis 24. d. Mts. dem Großherzoglichen Hof in Schwerin einen offiziellen Besuch abstatten. — Prinz Waldemar hat die Einladung des deutschen Kaisers zur Teilnahme an den Hochzeitfeierlichkeiten in Berlin angenommen.

Vom franken Basi.

Das am Dienstag um 7 Uhr abends zur Ausgabe gelangte Bulletin über den Gesundheitszustand des Papstes gibt an, dass sich die Temperatur auf 38,1 belaufen hat, Gleichzeitigkeit haben sich die Grippe und die Ruhrbeschwerden in verächtlichem Maße wieder eingestellt. Das Allgemeinbefinden sowie der Kräftezustand sind andauernd gut. Dieses Bulletin hat einen päpstlichen Einbruch hervorgerufen, da eine neue Verschlimmerung der Krankheit konstatiert wird. Dienstag abend ist Angelo Carlo, der Bruder des Papstes, in Rom eingetroffen und hat sich sofort nach dem Vatikan begeben. Die ganze Familie des Papstes befindet sich jetzt in Rom.

Zum belgischen Generalstreik.

Im Beden von Charleroi ist seit Dienstag der Streik in den Bergwerken und in der metallurgischen Industrie fast vollständig. Im Zentrum von La Louvière arbeiten von 51 000 Arbeitern nur 5000. In einzelnen Fabriken, in denen Montags gearbeitet wurde, ist der Streik am Dienstag fast vollkommen. Die große Kleinbahn im Zentrum hat den Betrieb eingestellt. Andere weniger wichtige Strecken können den Betrieb nur dadurch aufrecht erhalten, dass sie von Gendarmen bewacht werden. In der Gegend von Lüttich ist die Lage unbedeutend. Im Hofen von Antwerpen zeigt sich eine leichte Wiederaufnahme der Arbeit, namentlich von Seiten der nichtorganisierten Hafenarbeiter, die auf dem Lande wohnen. In Brüssel und Umgegend ist die Lage die gleiche wie am Montag. Die Angaben der sozialistischen Streikleitung, bezugslos eine halbe Million Arbeiter in den Aushang zu getreten sind, scheinen nicht unparteilicher Schätzung übertrieben. Nach genaueren Angaben, die der Vertreter der „B. C.“ ergibt, befindet sich die Anzahl der Streikenden am Dienstag auf höchstens 350 000. — Bemerkenswert ist nur der Erfolg der sozialistischen Agitation in den Flandriscen Weideregenden, in denen es gelungen ist, 30 000 Landarbeiter zum Anschluss an den Streik zu gewinnen.

Main table containing stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Deutsche Hypothek', 'Bank-Aktien', and 'Industrie-Aktien'.

Vertical text on the right side of the page, likely a notice or advertisement.

Vertical text on the right side of the page, likely a notice or advertisement.

Vertical text on the right side of the page, likely a notice or advertisement.

Vertical text on the right side of the page, likely a notice or advertisement.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 15. April 1913

Am Bundesratsstische die Staatssekretäre Dr. Deßloch und v. Jagow.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung nach 1 1/4 Uhr. Das Haus legte die Spezialberatung des Etats für das nächste Geschäftsjahr vor.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow: Die Vorfrage in Nancy sind mir bisher nur aus Telegrammen von Wolff's Telegraphen-Bureau und aus der Presse bekannt. Sollten sie sich in ihrem vollen Umfange bestätigen, so würden sie allerdings als höchst bedauerlich zu bezeichnen sein (Zustimmung) und einen traurigen Beweis dafür bilden, wie sehr die chauvinistischen Zwickelreiter über die Gemüter Macht zu gewinnen vermögen, und wie gefährlich sie sind. Der Kaiserliche Vorkämpfer in Paris ist angewiesen worden, die französische Regierung um eine Klarstellung zu ersuchen, und, wenn die Nachrichten sich als begründet erweisen sollten, Vorstellungen wegen des mangelhaften Schutzes der betroffenen Deutschen zu erheben. (Beifall.) Ich muß nochmals wiederholen, daß der

auswärtige Dienst

nicht eine Domäne der Autokratie ist, und daß auch mir nichts ferner liegt als der Wunsch, ihn zu einer solchen werden zu lassen. Immerhin aber erfordert die diplomatische Kaufbahn den Besitz gewisser eigener Mittel. Ich werde mit Sorgfalt prüfen, wie sich der Gedanke der Resolution in einer für den Dienst ersprießlichen Weise ausgestalten lassen wird. Ganz ohne eigene Mittel wird es sich auch in Zukunft kaum machen lassen. Jedemfalls wollen Sie versichert sein, daß mir bei der in der Resolution ausgesprochenen Gesichtspunkte sehr sympathisch ist. (Beifall.) Dem Vorwurf, als ob für die Annahme unserer jungen Diplomaten oft Protektion maßgebend wäre, muß ich entschieden entgegenzutreten. Ferner möchte ich hier noch auf Grund eigener Beobachtungen sagen, daß das unrichtige Urteil, das man bei uns über die Leistungen der deutschen Diplomaten so vielfach hört, im Ausland ebenfalls nicht geteilt wird. Gehalten Sie mir den Hinweis, daß die Berufsunfähigkeit der Beamten im Ausland durch ein übermäßig einseitiger Kritik nicht gerade erhöht wird. Der Forderung, unsere künftigen diplomatischen und konsularischen Vertreter gründlich in die Gebiete des wirtschaftlichen Lebens einzuführen, wird mit Nachdruck entsprochen. Zu diesem Zweck sind im Auswärtigen Amt wissenschaftliche Kurse eingerichtet, die für sämtliche Anwärter des diplomatischen und konsularischen Dienstes obligatorisch sind. Zur Ausbildung der Anwärter für den diplomatischen Dienst gehört ferner regelmäßig eine längere Tätigkeit bei einer Konsularbehörde. Während der zwei Jahre, die sie im Auswärtigen Amt arbeiten, werden sie ebenfalls wie die Konsularanwärter vorwiegend in der rechtlichen und handelspolitischen Abteilung ausgebildet. Zudem haben alle Anwärter und Sekretäre im Auslande alljährlich eine größere handelspolitische Arbeit einzureichen. Bei der Besetzung der höheren Stellen des diplomatischen Dienstes steht es nicht an aufmerksamer Berücksichtigung der handelspolitischen Bedürfnisse. Der Hg. Freiherr v. Nitschborn meinte, daß die Konsulatsausbildung für alle diplomatischen Missionen genügen müsse. Ich kann mich dieser Auffassung nicht unbedingt anschließen. Es gibt Stellen, auf denen die Behandlung politischer Fragen in erster Linie steht. Es besteht eine Trennung zwischen den beiden Zweigen des auswärtigen Dienstes nicht in dem Maße, wie es vielfach angenommen wird. Das eine notwendige Verflechtung der Vorbereitung aber im Interesse des Dienstes wäre, davon kann ich nicht vollständig nicht überzeugen. Da, wo ich wirklich vorhandene Mängel unserer auswärtigen Dienstes finde, werde ich sie gewiß abstellen lassen. (Beifall.)

Hg. Dr. Dertel (Deutschf.):

Ich glaube, daß wir nach dem, was wir hier gehört haben, dem Nachfolger Ribbentrop'scher unter Vertrauen nicht verlassen können. Was wir von ihm über den diplomatischen Dienst gelernt haben, dem kann ich im Namen meiner politischen Freunde fast in allen Punkten zustimmen. Wir haben der Resolution der Budgetkommission zugestimmt und werden es auch in diesem Sinne. Der Staatssekretär würde gut tun, wenn er den Zugang zum diplomatischen Dienst nicht von den Bestleistungen eröffnet, sondern wenn er auch dafür sorgen würde, daß diese im Auslande bleiben und es nicht vorzeitig verlassen. Es nicht hier Redakteure ausschließlich geeignet sein, lasse ich natürlich dahingestellt. (Stürmische Beifall.) Auch abgesehen davon, daß der Beruf eines Redakteurs bedeutender ist als der eines untergeordneten Diplomaten, Vorkämpfer oder Vorkämpfers. (Stürmische Beifall.) Es hat auch Offiziere gegeben, die sich dafür eignen. Kom

Balkanrien

sind nicht nur die Diplomaten, sondern auch die hellhörige Börse und die noch hellhörigere Presse betroffen worden. Nachdem die Übersetzung aber einmal zustande gekommen war, haben Regierung und Diplomatie haben eingeschlagen, die uns richtig zu sein scheinen, und ich bin beauftragt, hier die Haltung der deutschen Diplomatie seit dem Beginn des Krieges an zu erkennen. (Beifall.) Wenn ich dies ausspreche, so muß ich doch sagen, daß die „Laten“ der europäischen Großmächte-Diplomatie allerdings nicht sonderlich imponierend waren. Das ist aber keine Schuld unserer Diplomatie, sondern es lag in den Verhältnissen. Wir mußten auf alle Fälle einen europäischen Krieg vermeiden. Die Hoffnung, daß nun der Friede gefestigt ist oder die Friedensverhandlungen einen schnelleren Verlauf nehmen möchten, kann ich nicht teilen. Es ist sehr schwer, den Widerstand des Bürgertums der Schwerkriegs-Verger zu brechen. Ich will dieses Verhalten nicht tadeln, weil ich die Glücke des Präsidenten nicht bemessen möchte (Beifall), dem der „Vormarsch“ nachgelagt hat, daß er wegen seines letzten Ordnungsrufs einen hohen montenegrinischen Orden erhalten hat. (Beifall.) Es muß erwogen werden, ob es nicht möglich ist, im Einverständnis mit der hohen Herrin durch eine Entschädigung zur Vermunft zu bringen. (Beifall.) Ich lasse es dahingestellt, ob die Entschädigung in bar oder in Naturalien besteht. (Stilleige Beifall.) Was

unser Verhältnis zu Rumänien betrifft, so billige ich vollkommen, daß demzufolge, soweit es möglich war, die Ansprüche Rumänien's nicht erfüllt wurden. Ich würde bedauern, wenn die Regierung dem Staat des Hg. Bernheim folgen wollte, sich in die inneren Angelegenheiten Rumänien's zu mischen wegen der Behandlung der dortigen Juden. Man kann bedauern, daß die rumänische Regierung von den Sorgen dieses Volksteils nicht genügend durchdrungen zu sein scheint. (Beifall.) Wenn Sie, v. D. den nicht naturalisierten Juden vom Deeresdienst fernhalten, so ist das doch keine

Unmenslichkeit. Man würde vielleicht auch in anderen Staaten die Frage aufwerfen können, ob nicht in ähnlicher Weise vorgegangen sei. Ich werde sie nicht auf. Was die Türkei angeht, so ist eine starke, innerlich befestigte Türkei auch in Vorbereitung für unsere wirtschaftliche Entwicklung beiderseits. Wir haben da auch nicht in erster Linie, aber wir dürfen uns — so weitpolitisch das klingt, so selbstverständlich ist es doch — an einem Punkte der Welt unsere Zukunftssicht verankern lassen. Schmer wird die Sache in Chinas werden. Dort sind Konflikte faktoren möglich, die uns mit Aufbruch auch nicht in Genesung, so doch in gewisse Meinungsverschiedenheiten bringen können. Industrie und Handel müssen in China die offene Tür behalten.

Interne Beziehungen zu England

sind nicht nur bessere, sondern gute geworden. Wir müssen immer daran denken, daß diese Besserung nicht nur im Interesse des Deutschen Reiches, sondern auch in dem des Englands liegt. (Zustimmung rechts.) Wir wünschen dringend, daß diese besseren Beziehungen auch in einem konkreten Niederbeschlag ihren Ausdruck finden. Als einen solchen konkreten Niederbeschlag würden wir es besonders begrüßen, wenn die Ansprüche der im Vorkriegsgeschäftigen Deutschen auf den englischen Markt besser als einmütig befriedigt würden. Die deutsche Regierung hat das ihrige getan. Frankreich steht heute im Vordergrund des allgemeinen Interesses. Mein Neugier in Deutschland hegt einen Blick gegen die französische Regierung oder gar gegen das französische Volk. Möge man drinnen aber nicht daran denken, daß wir Elfen-Bohringen oder nur Zelle davon abtreten. Wir sind jedoch von einem Verhängnisvolle leider noch sehr entfernt. Wir bedauern das; wir wollen von Frankreich nichts. Ich möchte den Staatssekretär bringen bitten, zu veranlassen, daß möglichst bald eine amtliche Auffklärung erfolge über die Vorgänge in Valenciennes und namentlich über die Art, wie das Zeppelein-Vorkaufs durchsucht und durchzuführen worden ist. Die Öffentlichkeit wartet darauf. (Beifall Zustimmung.) Ich kann trotz der Rede des Staatssekretärs an dem

Beruf von Nancy

nicht ganz vorübergehen. Haben Sie in den letzten Jahrzehnten gehört, daß französische Staatsbürger in Deutschland so oder nur ähnlich behandelt worden seien, wie deutsche Staatsbürger angeblich in Nancy behandelt worden sind? Wenn es richtig sein sollte, wir haben ja noch keinen authentischen Bericht, aber selbst wenn manches übertrieben wäre, dann würde das deutsche Volk von seiner Regierung unbedingt ermahnen müssen, daß es eine entsprechende, angemessene Sühne mit allem Nachdruck verlangt. (Beifall Zustimmung.) Das brauchen wir uns nicht gegen zu lassen. Der Hg. Bernheim hat auch wieder die Friedensschmelze gebrochen und ein Loblied auf den allgemeinen Weltfrieden der Wölfer angeklungen. Wenn wir den Frieden sichern wollen, so kann unser Standpunkt kein anderer sein, als daß wir Wert legen auf eine tüchtige, gute, ehrenvolle Politik und vor allen Dingen auf ein tüchtiges, gutes, schlagfertiges und damit regelgerechtes Heer. (Beifall Zustimmung.)

Hg. Redebur (Soz.):

über die bedauerlichen Vorkommnisse in Nancy hat sich der Staatssekretär sehr vorsichtig nur auf unwürdige Nachrichten stützen können. Aber ich finde es sehr unglücklich, daß der Staatssekretär daran die Bemerkung knüpfte, daß sehr man wieder, wie gewaltig die chauvinistische Luft in Frankreich im Aufschwung begriffen sei. Ich hatte den Eindruck, daß er dies unglückliche Vorkommnisse ausnutzen wollte, um bei uns den Chauvinismus aufzuwecken. (Lachen rechts.) Man hat die Heeresverfälschung mit der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit in Frankreich beantwortet. Auf die chauvinistische Stimmung in Frankreich muß es aufzufallen wider, wenn ein im Interesse Deutschlands und des Weltfriedens tätiger französischer Abgeordneter in Magdeburg und Braunschweig ausgewiesen wird. In der Frage des diplomatischen Dienstes stimme ich ausnahmsweise im allgemeinen mit dem Staatssekretär überein. Der

Hg. Scholt

hoffen, daß es vermieden werden muß, daß durch Mittelpersonen Genuß in Stellungungen gelangen, die durch wertvolle Einflüsseungen großen Schaden anrichten können. (Zustimmung.) Eine Kritik des Verhaltens des Kaisers ist unzulässig. Die Aufstellungen hätten eigentlich einen Ordnungsruf verdient, aber ich will in diesem Augenblicke davon absehen. Eine weitere Befestigung der Türkei ist für uns höchst wichtig. Es muß der Türkei ermöglicht werden, sich innerhalb der Rüste ihres Bestimmung zu einem modernen Staate umzugestalten. Der Despotismus Erlaß an Montenegro ist ein russisches Programm und sehr gefährlich. Der Parlamentarismus ist nur eine Erfindung russischer Jazepolitiker, mit der sie die Welt und jetzt auch Herr v. Bethmann's Volkweingelegt haben. Der russische Jar unterdrückt das polnische Volk mit größter Brutalität, der russische Jar und seine Helfershelfer haben keinerlei in Bulgarien die ungeheuerlichsten Staatsverbrechen anzusetzen lassen, das ist eine gescheitete Tatfrage. (Der Präsident rief den Redner wegen dieser „Aussetzung zur Ordnung.“) Der Reichstagsrat ist auf diese russische Machthabeingegeben. Die deutsche Regierung muß dem Gedanken der Nationalitäten-Toleranz im internationalen Konzert zum Durchbruch verhelfen. Sie muß den Gedanken jenseits und vor allem aber im eigenen Lande betätigen. Mit den Polen zu sprechen würde man den Spieß gegenüber der Jazepolitik umdrehen können. Damit wäre auch die Kriegsgefahr von Europa abgewendet. (Beifall bei den Soz.)

Präsident Dr. Kaempf rief den Redner nachträglich zur Ordnung. (Beifall.)

Staatssekretär v. Jagow:

Einige Aufmerkungen des Herrn Hg. Redebur sind zwar schon durch den Ordnungsruf des Präsidenten gerügt worden. Ebenso, wie ich die Aufmerkungen über Seine Majestät's Verhalten bedauern muß, möchte ich doch auch noch Bemerkungen einlegen gegen die Aufmerkungen, die der Herr Abgeordnete gegen den Herrscher eines befreundeten Landes und dessen Politik gebraucht hat. (Bravol rechts.)

Präsident Dr. Kaempf: Ich muß hierzu bemerken, daß diese Äußerung von mir schon gerügt worden ist. Damit scheidet sie aus der Verhandlung aus.

Hg. Prinz zu Schönau-Carolath (Nat.):

Die Vorkälle in Nancy sind selbst zu bedauern. In Zusammenhang mit dem Verbrechen vorerst verfahren. Wir erwachten aber noch Unterstützung des das Niedergehen des Zeppelein. Die Sozialdemokratie selbst hat über die Behandlung ihres französischen Genossen in Magdeburg. Die Deutschen im Reich werden zufrieden gewesen, wenn eine Behörde sie vor den Angeklagten bewahrt hätte. In Rumänien's innere Angelegenheiten wollen wir uns nicht einmischen. Ich freue mich, daß zwischen England und Deutschland bessere Beziehungen entstanden sind. Eine Verbindung mit England ist für uns von dem größten Wert. (Beifall.)

Hg. Dr. Müller-Meinungen (Fortf. Sp.): Ich bedauere die Unzufriedenheit der deutschen Bureaufreiter gegen den Franzosen Compère Morel. Eine gewisse Großzügigkeit wäre hier am Platze gewesen. Bezüglich der östlichen Politik kann ich sagen: von Bernheim bis zum Bürgerlichen Vorkämpfer ist man einer Meinung, daß es falsch wäre, noch lange mit der Anerkennung der jungen chinesischen Republik zu warten und noch erst der Frage nachzutreten. Wir können die bisherige deutsche Politik gegen China nicht billigen. Wir müssen verlangen, daß die Diplomatie nicht zu Hofmannen verwannt wird. Der Ausbruch des japanisch-russischen Krieges war unsere Diplomatie herbeizuführen, ebenso bei der Mexikaner Bohmens 1908 und zuletzt 1911 beim Ausbruch des Balkankrieges. Man hat das Herbeizurufen auf die Diplomatie übertragen. Es herrscht nur eine Stimme, daß die Verhältnisse von Grund auf reformiert werden. Also mit dem bisherigen bürokratisch-höflichen System muß gründlich gebrochen werden. (Beifall links.)

Unterstaatssekretär Zimmermann: Die gestrige Erklärung des Staatssekretärs in der Frage der Anerkennung der Republik China geht dahin, daß wir, sobald die Präsidentenwahl vollzogen sei, auch der Frage der Anerkennung nachzutreten würden. Wenn das hieße interpretiert wird, daß das nach alten diplomatischen Grundsätzen. Wir können auch nicht arbeiten, wir sind einflußlos. Herr Abgeordneter Dr. Müller-Meinungen, und werden es Ihnen auch hier wieder einmal beweisen. Wir haben über die Verhinderung auch eine Stellung nicht zu klagen gehabt. Die Verhinderung ist sehr gut, vielleicht nicht so gut wie die des Herrn Dr. Müller-Meinungen, die sich auf Raifsch und Traifsch der Ghanahier Vars stützt. (Unruhe links.) Daß wir allein die chinesische Anleihe nicht geben können, wird auch Herr Dr. Müller-Meinungen klar sein. Dann führt der Hg. Dr. Müller-Meinungen Besondere darüber, daß unsere diplomatischen Vertreter im allgemeinen zur gereinigten Zeit nicht auf ihren Vorkämpfer sind. Die Beamten sind nur Verfügungen und brauchen auch Urlaub und Erholung. (Beifall rechts.)

Präsident Dr. Paasche: Ich habe den Herrn Unterstaatssekretär nicht unterbrochen; er scheint mir doch nicht am Platze, Abgeordneten, die gemeinschaftlich auf Grund von Informationen ihre Ausführungen machen, vorzuzerren, daß sie das auf Grund von Raifsch und Traifsch tun. (Unruhe rechts.)

Unterstaatssekretär Zimmermann: Ich weiß nicht, ob eine derartige Kritik eines Vertreters der Bundesregierung dem Präsidenten zuzuführen.

Hg. Redebur (Soz.): Ich habe keine Kritik geübt, sondern nur den Wunsch ausgesprochen, daß solche Äußerungen nicht stattfinden. (Wiederholte Unruhe und Zurufe rechts.)

Hg. Redebur (Soz.): Ich habe keine Kritik geübt, sondern nur den Wunsch ausgesprochen, daß solche Äußerungen nicht stattfinden. (Wiederholte Unruhe und Zurufe rechts.)

Hg. Dr. Pfeiffer (Centr.): Ich schließe uns der Ansicht des Staatssekretärs über den Vorkfall von Nancy an. Bezüglich des 3. 4. 11. Falls ist die Auffklärung dringend nötig. Über die Balkanverhandlungen sollte uns alsbald ein Weißbuch vorgelegt werden, damit wir nicht auf Raifsch und Traifsch angewiesen sind. (Sehr gut!) Den jetzt eingetretenen zehnjährigen Waffenstillstand auf dem Balkan begrüßen wir. Angenehm wäre es wohl gewesen, wenn der Reichstag das chinesische Parlament begrüßt hätte. Über die Anerkennung des deutschen Kaufmanns durch den Staatssekretär sind wir durchaus befriedigt; die Haltung unserer Behörden im Auslande muß sich aber ändern, wenn der deutsche Kaufmann noch weiter Vertrauen haben soll. (Beifall im Zentrum.)

Unterstaatssekretär Zimmermann: Ich habe nicht im entferntesten die Gewissenhaftigkeit des Hg. Müller-Meinungen in Behandlung seines Materials im Zweifel ziehen wollen. Diefelb und die Mongolen sichern sich gegenseitigen Schutz der Interessen zu, für unseren Handel wollen wir die offene Tür schließen.

Hg. Dr. Baader (Nat.): Unsere Zukunft liegt auf und über dem Wasser, wir sind gezwungen, Weltwirtschaft zu treiben. Aus meinen Erfahrungen in China kann ich nur bestätigen, daß unsere dortigen Beamten vollauf ihre Schuldigkeit tun. Um das deutsche Ansehen in China zu heben, ist vor allen Dingen notwendig, daß wir größeren Einfluß auf das dortige Schulwesen gewinnen. Auch auf den Ausbau der Hochschulen muß größeres Gewicht gelegt werden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär v. Jagow: Ich muß auf die Angelegenheit des Ordnungsrufes noch zurückkommen. Ich bin mir nicht im Zweifel gewesen, daß mit einem Ordnungsruf des Präsidenten eine Sache für das Parlament erledigt ist. Ich muß es aber für mich in Anspruch nehmen, meinerseits Bemerkungen einzulegen in einer Angelegenheit der auswärtigen Politik, wenn dies zur Abwehr eines Angriffes im Interesse der Völker der Beziehungen zu anderen Völkern notwendig erscheint. (Bravol rechts.)

Hg. Dr. Weill (Soz.): Ein gewisser Chauvinismus in Frankreich ist nicht zu erwarten, seine Stillhaltung wird aber herrschen. Die Pariser Wölfer sind einzig in ihrer Stellungung als Angehörige von Ausgrenzungen in Nancy.

Wir erfreulicher Offenheit bedauern Sie diesen Fall. Jede Annäherungsmöglichkeit zwischen Deutschland und Frankreich fällt auch gewissen Kreisen in Deutschland auf die Nerven. Die Verletzung der Autonomie in Albanien ist unbedingt nötig; da handelt es sich nicht um ein Gnadengebet, sondern um die Erfüllung einer selbstverständlichen Forderung.

Hg. Mithorn (Fortf. Sp.): Der freie Handelsverkehr an der Westküste Marokkos wird durch das Eingreifen der französischen Regierung geradezu unmöglich gemacht. Wegen das Unwesen der französischen Fremden in Marokko und ihre Verwundungen verleihe auf deutschen Grund und Boden müssen wir uns entscheiden werden, und es ist zu bedauern, daß die deutsche Regierung nicht schon früher gegen diesen Menschenhandel für Afrika eingegriffen ist.

Unterstaatssekretär Zimmermann: gab Auffklärung über einen Zwischenfall in Galabien, der dem Deutsche beteiligt gewesen sind und fast Prüfung dieser Angelegenheit zu; Redner gab weiter eine Aufklärung über die Verteilung Deutscher bei der Arabienabteilung.

